



Protokollauszug

zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 25.09.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

TOP 1 Betriebsausschuss Stadtentwässerung

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Siehe separates Protokoll des Betriebsausschusses Stadtentwässerung.

TOP 2

Garten der Religionen

- Informationen zum Sachstand und zur
Förderkulisse
(mündlicher Bericht)

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** eröffnet im Anschluss an die Sitzung des Betriebsausschusses
Stadtentwässerung die Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses.

BM **Mannl** führt in das Thema ein. Heute wolle man das Projekt vorstellen. Das
Thema Sicherheitskonzept werde man separat aufgreifen.

Die **Leiterin** und ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen sowie
die **Leiterin** der Stabsstelle Inklusion und Integration berichten anhand einer
Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Der Garten solle die verschiedenen
Religionen Ludwigsburgs sichtbarer machen und ein Ort für Frieden und ein gutes
Miteinander werden. Das Projekt und die Förderzusage beziehe sich auf Zone 1. Der
Solitudeplatz könne insgesamt aufgewertet und belebt sowie die Aufenthaltsqualität
verbessert werden.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache.

Der Platz habe bisher keine Aufenthaltsqualität, sagt Stadträtin **Dr. Knoß** und sie
sieht eine Chance für eine Aufwertung, ohne städtische Mittel. Wichtig sei die

Öffentlichkeit zu informieren und auch der Dialog mit den Anwohnenden, diese seien bisher nicht in die Planungen einbezogen worden. Begleitend solle ein Sicherheitskonzept erarbeitet und die Einsehbarkeit verbessert sowie die Folgekosten geklärt werden. Eine Wasserfläche sehe sie kritisch, sie befürchtet eine Vermüllung und Vandalismus.

Stadtrat **Passaro** steht grundsätzlich zu dem Projekt. Jedoch müsse man dies im Zusammenhang mit einem Sicherheitskonzept planen. Der Garten könne für eine bessere soziale Kontrolle auf dem Solitudeplatz sorgen, wenngleich er auch eine Angriffsfläche für Vandalismus, vor allem hinsichtlich religiöser Symbole, biete.

Stadtrat **Peifer** geht mit dem Verwaltungsvorschlag mit. Die Umgestaltung könne Ruhe in den Platz bringen.

Stadträtin **Liepins** findet die Idee ebenfalls gut, befürchtet aber ebenfalls Vandalismus und fordert ein Sicherheitskonzept. Die aufgestellten Fahrradboxen haben den Platz negativ beeinflusst und sie will wissen, wann diese entfernt werden. Besser geeignet sehe sie den Platz beim Burkinischen Dorf. Die Förderzusage gelte für Zone 1, merkt sie an und fragt, wie die Umgestaltung des restlichen Platzes finanziert werden solle.

Ein Dialog sei grundsätzlich gut, wenngleich der öffentliche Raum eher neutral sein solle, meint Stadtrat **Ziemann** und sieht das Projekt kritisch. Religion sehe er eher im Privaten. Er befürchtet ein hohes Risiko für Vandalismus.

Stadtrat **Eisele** fordert ein Beleuchtungs- und Sicherheitskonzept und weist auf die Anträge seiner Fraktion hin. Dem Platz fehle es derzeit an sozialer Kontrolle und das Projekt berge weiteres Konfliktpotenzial und damit Unruhe. Er dankt den Anrainern für die Schilderung der Situation. Aktuell müsse die Bürgerschaft dort geschützt werden. Er sieht ebenso den Platz beim Burkinischen Dorf als geeigneter an. Er wünscht mehr Information zur Finanzierung.

Das Thema Sicherheit werde ernst genommen, versichert BM **Mannl**. Der heutige Fokus liege jedoch bei der Gestaltung des Platzes.

Die Verwaltung habe unterschiedliche Standorte untersucht, so ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen. Man habe einen zentralen Platz für Begegnungen und Gespräche gesucht und der Solitudeplatz habe sich als Favorit herausgestellt. Man hoffe auf gute Synergieeffekte. Den Platz beim Burkinischen Dorf habe man ebenso geprüft. Dieser werde jedoch als Fläche für Klimapartnerschaften gesehen und solle nicht mit zu vielen Funktionen überladen werden. Das Projekt beziehe sich auf Zone 1. Die weiteren Zonen können so belassen bleiben, für eine Umgestaltung der Zonen 2 bis 4 seien städtische Mittel erforderlich.

Das neue Fahrradparkhaus werde am 15.10.2025 eröffnet fügt der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität hinzu. Danach gebe es noch eine Kulanzzeit, bevor die Fahrradboxen zum Ende des Jahres entfernt werden.

Nach dieser Aussprache stellt BM **Mannl** eine überwiegende Zustimmung des Gremiums fest. Das Projekt sei ohne städtische Mittel umsetzbar. Ein Sicherheitskonzept müsse aus städtischen Mitteln finanziert werden, gibt er zu bedenken. Man werde mit der Anwohnerschaft in den Dialog gehen.

Beschlussempfehlung:

1. Eine Teilfläche der öffentlichen Verkehrsfläche Flurstück 1246 wird eingezogen.
Dies betrifft 3 Längsparkplätze entlang der Kühäckerstraße.
2. Die Entwidmung ist öffentlich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Tübek

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die Vorlage ein.

Nachdem seitens des Gremiums auf eine Aussprache verzichtet wird, lässt BM **Mannl** über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Eine Teilfläche der öffentlichen Verkehrsfläche Flurstück 439 wird eingezogen. Dies betrifft einen Längsparkplatz entlang der Straße Am Ring
2. Die Entwidmung ist öffentlich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Tübek

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die Vorlage ein.

Nachdem seitens des Gremiums auf eine Aussprache verzichtet wird, lässt BM **Mannl** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

BM **Mannl** führt in das Thema ein und weist auf den aktualisierten Beschlussvorschlag hin.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache.

Die Straße sei in einem desolaten Zustand, sagt Stadträtin **Dr. Knoß**. Für wenig Geld könne man eine neue Straße bekommen, dies sei im Sinne von WIN LB. Sie regt an, dass alle Parkplätze an der Alleenstraße entnommen werden, es gebe genügend Parkhäuser im Umfeld. Die Planung sei gut. Ihre Fraktion werde zustimmen.

Stadtrat **Passaro** spricht sich grundsätzlich für die Sanierung aus, aber nicht zu diesem Preis, dies müsse günstiger möglich sein, so seine Meinung. Er merkt an, dass ein Radweg bereits vorhanden sei. Zudem vermisst er Ausführungen zu geprüften Kosteneinsparungen und wünscht hierzu mehr Information.

Stadtrat **Peifer** findet den Umbau ebenfalls zu teuer. Für den Fall, dass die Verwaltung das Projekt günstiger umsetzen könnte, signalisiert er seine Zustimmung. Er fragt, ob die Förderung auch erfolge, wenn ein Abschnitt nicht realisiert werde.

Man müsse für alle Verkehrsteilnehmer Sicherheit schaffen, plädiert Stadtrat **Maier**. Die hohe Förderung sei ein Glücksfall. Ohne Zuschüsse sei die Straßensanierung sehr kostspielig. Faktisch spare die Stadt 6 Millionen ein. Er wirbt für die Instandsetzung der Straße.

Die bestehende Infrastruktur müsse erhalten werden, sagt Stadtrat **Ziemann**. Abschnitt 1 und 3 sei notwendig, der mittlere Abschnitt nicht unbedingt. Den Wegfall der Parkplätze sieht er kritisch. Die Kostenhöhe sei nicht akzeptabel. Er werde der Vorlage nicht zustimmen.

Es gebe einen funktionierenden Radweg, merkt Stadtrat **Eisele** an und der Zustand werde schlechtgeredet. 10 Millionen für 1,2 Kilometer sei zu teuer. Er wünscht sich eine deutliche Einsparung. Es solle nur das Nötigste gemacht werden. Zudem werden in der Alleenstraße mindestens 10 Parkplätze benötigt. Er kenne keine Sporthalle mit kostenpflichtigen Parkplätzen. Teilweise können Sportler, Trainer und Sonstige nur mit dem Auto kommen. Er wünscht einen Gesamtplan zum RS 8 auf Ludwigsburger Gemarkung. Er wird nicht zustimmen.

Stadtrat **Remmeli** regt an, dass einfachere Materialien verwendet werden sollen, um die Kosten zu senken.

BM **Mannl** erteilt dem Jugendgemeinderat das Wort. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Eine **Vertreterin** und ein **Vertreter** des Jugendgemeinderates gehen auf die unzureichende Sicherheit für die Radfahrenden ein und plädieren für den Radschnellweg. Die Sanierung bringe einen Gewinn und mehr Lebensqualität für die Stadtgesellschaft sowie eine Entlastung für den Busverkehr. Die Fördersumme durch das Land sei enorm hoch. Sie äußern die dringende Bitte auf Parkplätze im Campusbereich zu verzichten.

Man habe Erfahrungswerte aus dem Straßenverkehr zugrunde gelegt und Standardpreise angesetzt, merkt BM **Mannl** an. Großes Einsparpotenzial sehe er nicht, wenngleich die Straßenbaukosten weiter erläutert werden können. Straßen gehen kaputt und müssen saniert werden. Der Fördermittelgeber habe grundsätzlich die Erwartung die Funktion eines neuen Radweges herzustellen, wenngleich hier eine Sanierung ausreichend sei, um die Förderquote zu erhalten, gibt BM Mannl zu bedenken. Man habe sich auf diesen Abschnitt fokussiert, auch um die Planungskosten gering zu halten und vor allem wegen der günstigen Förderkulisse. Im weiteren Verlauf des RS 8, vor allem im Bereich des MTV, müsse mit massiven Eingriffen gerechnet werden. Für die komplette Strecke des RS 8 gebe es noch keine Komplettplanung, jedoch Ideen und Skizzen.

Stadträtin **Liepins** rät von einer heutigen Abstimmung ab, eine Ablehnung sei fatal. Die Straße sei in einem desolaten Zustand, gibt sie zu bedenken. Sie fragt, wie das Reststück von der Seestraße bis zur Solitudestraße geplant werde und wünscht eine Skizzierung.

Die Bäume seien mit 400.000 Euro angesetzt, so eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität. Diese werden zu 80% über das NKK-Programm (Natürlicher Klimaschutz in Kommunen) gefördert. Anstelle der Bäume müsse sonst anderweitig eine Pflasterung angebracht werden. Die heutigen Gehwege seien zu schmal und später breiter, wenngleich der Randstein in beiden Varianten gesetzt werden müsse. Es werde lediglich der Straßenraum verschoben. Man erhalte künftig deutlich mehr Fläche für den Fußverkehr, dies sei Bestandteil der Radschnellwegeförderung. Im Bereich des Forums werde der Rad- und der Kfz-Verkehr separat geführt, auf der restlichen Strecke sei die Mischung verträglich und weniger kostenintensiv. Zum geschützten barocken Alleennetz gehöre die Alleenstraße, Friedrichstraße und der Bereich beim Forum zu den historischen Achsen. Das Landesdenkmalamt sei deshalb involviert. Sofern ein Abschnitt herausgenommen werde, müsse dies mit dem Fördermittelgeber beraten werden.

Je nach Straßenbaulastklasse gebe es gesetzliche Vorgaben für einen Mindestaufbau aufgrund der Tragfähigkeit, erläutert die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen, hier gebe es keinen Spielraum. Die Kalkulation basiere auf Mindeststandards und langjährigen Erfahrungswerten. Ohne Fördermittel liegen die Kosten für die Sanierung bei rund 8 Millionen Euro. Gerne könne eine Detailaufstellung vorgelegt werden.

Während des Beratungsverlaufes stellt BM **Mannl** fest, dass seitens des Gremiums noch Informationsbedarf bestehe. Die erneute Beratung wird auf die Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses am 16.10. vertagt. Die Verwaltung werde die Kosten für die Sanierung aufschlüsseln und eine Aufstellung über mögliche Positionen, die gestrichen werden können, sowie Angaben zu den vorgesehenen Materialien, aufbereiten.

TOP 6	Verzicht auf das Aufweitungsverlangen im Rahmen der Erneuerung bzw. des Ersatzneubaus der Eisenbahnüberführung (EÜ 1419) an der Frankfurter-/Heilbronner Straße (B27)	Vorl.Nr. 251/25
-------	---	-----------------

Beschluss:

1. Im Rahmen der geplanten Maßnahme der DB InfraGO AG zur Erneuerung bzw. zum Ersatzneubau der Eisenbahnüberführung an der Frankfurter-/Heilbronner Straße (B27) zwischen der Bismarck- und der August-Bebel-Straße wird **kein Aufweitungsverlangen** durch die Stadt Ludwigsburg nach EKrG gestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, der DB InfraGO AG den Verzicht auf das Aufweitungsverlangen schriftlich mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Tübek

Beratungsverlauf:

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. Mit dem neuen Bauwerk erhalte man für die Zukunft eine gewisse Flexibilität in der Umverteilung des Straßenraumes.

BM **Mannl** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** signalisiert ihre Zustimmung.

Stadträtin **Klünder** stimmt ebenso zu.

Stadträtin **Liepins** wird der Vorlage ebenso zustimmen, wenngleich sie insgesamt eine langsamere Fahrweise wünsche.

Stadtrat **Eisele** fragt, wie die Maßnahme in der Praxis ausgeführt werde. Man versuche den Ausfall im Schienenverkehr möglichst geringhalten. Er geht auf die Einschätzung des Regierungspräsidiums ein und fragt, ob die Zustimmung sicher sei.

Stadtrat **Passaro** sieht für die Radfahrenden und den Fußverkehr einen Mehrwert durch mehr Sicherheit.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität geht auf die Fragen von Stadtrat Eisele ein. Üblicherweise werden Hilfsbrücken eingebaut, um möglichst wenig Ausfall im Schienenverkehr zu haben. Seitlich werden die neuen Teile

hergestellt und eingeschoben. Eine detaillierte Planung liege noch nicht vor. Der Bestandschutz bleibe aus Sicht des Regierungspräsidiums bestehen.

Nach dieser Aussprache lässt BM **Mannl** über die Vorlage abstimmen. Die Stadt werde im Planfeststellungsverfahren beteiligt. Die Forderungen der Stadt können dabei vorgebracht werden.

BM **Mannl** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.